Nr. 50 XXVII. Jahrgang

Freitag, 21. Februar 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 20, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 00. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2000. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kosten für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M. 1.50, mit Platzvorschrift M. 2.—. Für Eilen- oder Kunstsatz 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresanzeigen Ermäßigung nach tabellarischem Satze. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abstellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unserm Tarifblatte an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1.40, vierteljährl. M. 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.49, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kronw. wöchentl. M. 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Revolverschüsse auf Clemenceau

Revolverschüsse, die am Mittwoch morgen ein Mann in Paris auf den Ministerpräsidenten Clemenceau abgab, widerhallen in der ganzen Welt. Clemenceau ist zwar nicht getötet worden, er trägt nur einen „Denkzettel" davon, aber die Bedeutung dieses Attentats wird man nirgends verkennen. Kein Staatsmann verkörpert gegenwärtig die Politik der Gewalt und der Eroberungen wie Clemenceau. Er ist es, der dem Wilson-Programm die größten Schwierigkeiten bereitet und der in den Konferenzen in Versailles vom Präsidenten der Vereinigten Staaten am entferntesten stand. Er ist es, der die härtesten Bedingungen den Deutschen diktiert, indem er die Fiktion aufrechtzuerhalten versucht, Deutschlands Industrie könne sich rasch wieder erholen, während die Frankreichs auf Jahre hinaus ruiniert und nicht konkurrenzfähig sei. Clemenceau hat den Standpunkt der „Revanche" niemals verlassen und mißbraucht die Vorteile des Siegers rücksichtsloser als der entschlossenste Militarist. Doch wie das Volk den Sieg ansieht, beweist der Attentäter, der aus den Pariser Arbeiterkreisen herkommt. Es wünscht den Frieden ebenso wie das ausgehungerte deutsche Volk und erkennt, daß kein militaristischer Sieg, sondern nur ein gerechter Frieden in seinem Interesse liegt:

+ Rotterdam, 20. Februar. (Priv.-Tel.) Das Attentat erfolgte, als Clemenceau um 9 Uhr früh sein Haus verließ, um sich ins Kriegsministerium zu begeben. Der Angreifer Cottin ist von Beruf Zimmermann und 23 Jahre alt. Er erklärte, schon vor sieben Monaten beschlossen zu haben, Clemenceau zu töten, denn dieser sei ein Feind der Menschheit. Innere Organe sind, wie die Aerzte feststellten, bei Clemenceau nicht verletzt. Eine leichte Temperaturerhöhung ist festzustellen. Der Patient darf das Zimmer nicht verlassen.

r. **Rotterdam, 20. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) „Courant" meldet aus Paris, bei seiner Verhaftung äußerte der Attentäter, er habe den Ministerpräsidenten töten wollen, **weil er in ihm das Haupthindernis für einen schnellen und gerechten Frieden sehe. Seine Tat werde nicht die einzige bleiben.**

g. **Genf, 20. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) **Nach einem Pariser Telegramm wurde die Pariser Arbeiterbörse behördlich geschlossen. Im Seine-Departement sind die Führer des pazifistischen Syndikalistenverbandes festgenommen worden.**

z. **Zürich, 20. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) **Die „Züricher Morgenzeitung" meldet aus Paris, daß zwei Mitschuldige am Attentat auf Clemenceau, Mitglieder des Pariser Syndikalistenverbandes, festgenommen wurden. Die Untersuchung wird auf Befehl des Gouverneurs von Paris vor dem Militärgericht geführt.**

Ueber den Anschlag veröffentlicht Havas folgende Einzelheiten: „Der Anschlag wurde in dem Augenblick verübt, als der Wagen des Ministerpräsidenten den von der Franklinstraße und dem Boulevard Delessert gebildeten Winkel passierte. Ein in einer Bedürfnisanstalt versteckter Mann stürzte gegen den Autoschlag vor und gab fünf Revolverschüsse auf den Ministerpräsidenten ab, von denen einer Clemenceau traf. Die Menge warf sich auf den Täter, und es gelang Polizisten, ihn festzunehmen. Später gab dieser Mann noch mehrere Schüsse ab und verwundete einen Soldaten. Auch der Chauffeur wurde leicht verletzt. Der Angreifer gab an, er heiße Cottin und wohne in Compiègne. Der Polizeikommissar des Quartiers nahm ein Verhör vor. Clemenceau ist von der Kugel in den oberen Teil des rechten Schulterblatts getroffen worden. Die Wunde ist ziemlich tief. Es wurden keine inneren Organe verletzt. Das Allgemeinbefinden des Präsidenten ist gut." Die Verhaftung von Mitschuldigen erweist, daß der Anschlag nicht die Tat eines einzelnen Fanatikers ist. Wenn die französischen Blätter versuchen sollten, das Attentat zur Aufstachelung der nationalistischen Leidenschaften auszubeuten, so werden sie die Welt doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Arbeiterkreise den Siegesfanfaren mißtrauen und Clemenceaus brutale Politik nicht billigen. Obwohl Attentate, an sich verdammenswert, oft eine andre Wirkung erzielen, als die Attentäter meinen, so wird Clemenceau selbst und alle Staatsmänner der Entente den Anschlag Cottins als ernstes Memento verstehen.

Lange Besetzung des linken Rhein-Ufers

kg. **Basel, 20. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) **Die „Morning Post" meldet aus Paris: Im Kammerausschuß erwiderte Pichon auf eine Anfrage, er glaube, daß die Besetzung des linksrheinischen Gebietes die Dauer eines Jahres überschreiten werde. „Journal des Débats" meldet aus dem besetzten linksrheinischen Gebiet, daß die Kommandos der Alliierten mit der Requirierung zahlreicher Wohnungen für einen größeren Beamtenstab und für längere Zeit begonnen haben, was auf eine lange feindliche Besetzung schließen lasse. — Die „Morning Post" meldet aus dem besetzten Gebiet: Dem Oberkommando gehen Beschwerden über mangelhafte Ablieferung deutscher Kohle für die Industrie zu. Die Alliierten beraten über eine bestimmte Forderung an Deutschland.**

Spartakus im Ruhr-Gebiet

Wie sich heute zeigt, kann von einer Besserung der Lage im Ruhr-Gebiet noch keine Rede sein. Im Gegenteil. Vorläufig beherrschen die Kommunisten das Feld und werden es wohl auch bis zum Eintreffen der Regierungstruppen behaupten. Die Regierung trifft umfassende Maßnahmen, um den ungestörten Betrieb der Zechen wiederherzustellen. Nach einer Meldung aus Essen hat sich die Streiklage gestern wenig verändert. Die Zahl der Streikenden, die vorgestern rund 50 000 betrug, stellte sich gestern auf etwa 56 000. In Bottrop ist es am Dienstag abend zu einem Zusammenstoß zwischen Spartakiden und Regierungstruppen gekommen. Die Spartakiden, etwa 700 Mann stark, rückten mit Maschinengewehren und Geschützen von Hamborn aus gegen Bottrop vor. Sie legten trotz heftigstem Widerstand der Regierungstruppen fast alle Schächte still. Bottrop wurde von den Kommunisten mit Artillerie beschossen. Weiter liegen folgende Meldungen vor:

*** Münster, 20. Februar. Die Regierung, die sich über den Ernst der Lage im Ruhr-Gebiet nicht im unklaren befindet, ist fest entschlossen, den dortigen Kommunisten ebenso energisch zu Leibe zu gehen wie in Berlin und Bremen. Die Regierungstruppen sind einerseits durch die Größe des Gebietes, anderseits durch die Zahl der bewaffneten Kommunisten im Ruhr-Revier jedoch vor ein weit schwierigeres Unternehmen gestellt als in der Reichshauptstadt und an der Wasserkante. Allein in Essen wird die Zahl der bewaffneten Kommunisten auf mehr als 3000 geschätzt. In Düsseldorf sind mindestens 15 000 Kommunisten bewaffnet worden. Außerdem ist aus 2000 jungen Burschen ein Sturmbataillon gebildet worden, das heute mit Waffen versehen wird. Das 7. Generalkommando Münster hat der Regierung mitgeteilt, welche Truppenzahl unbedingt erforderlich ist. Die Regierungstruppen sind im Anrollen, und sobald sie an ihrem Versammlungsort eingetroffen sind, wird der Kampf beginnen. Inzwischen aber beherrschen die Kommunisten große Teile des Industriegebietes. Sie haben den Generalstreik proklamiert. Die Sten en sollen dem Staate verweigert und auch die Kohlenausfuhr für die Regierung gesperrt werden. Die Kohlen für die Entente müssen geliefert werden. Man darf aber von einem eigentlichen Generalstreik nicht sprechen, sondern nur von einer Aussperrung der Bergarbeiter durch die Kommunisten. Unter den Arbeitern herrscht große Erbitterung. Inzwischen bereiten sich die Kommunisten auf den Kampf gegen die Regierungstruppen vor. Sie haben die Eisenbahnlinie Oberhausen — Dorsten unterbrochen, um das Anrücken der Regierungstruppen zu verhindern.**

c. **Weimar, 20. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) **Nach Mitteilungen in den Fraktionen werden die gegen das Ruhr-Revier vorrückenden Regierungstruppen auf insgesamt 35 000 Mann gebracht. Das militärische Gesamtaufgebot wird erst Mitte nächster Woche beendet sein. An ein Nachgeben der Reichsregierung gegen die Forderungen der Spartakiden im Ruhr-Revier ist nach einer bestimmtesten Erklärung der Regierung nicht zu denken.**

o. **Bochum, 20. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) **In Bochum scheint nach den letzten zwei gefahrvollen Tagen die Besonnenheit die Oberhand zu bekommen. Der A.- und S.-Rat ist vollkommen Herr der Lage geworden. Er ist entschlossen, Ausschreitungen mit aller Schärfe entgegenzutreten. In der vergangenen Nacht überrumpelte ein Kommando des hiesigen A.- und S.-Rates das Bureau der Spartakiden. Es wurden 70 Gewehre beschlagnahmt. Heute früh konnte die Arbeitsaufnahme auf den meisten Zechen und Eisenwerken ungehindert erfolgen.**

In Elberfeld haben die Regierungstruppen den Hauptbahnhof und das Eisenbahndirektionsgebäude wiedergenommen. Die Spartakiden sollen dabei 17 Tote und 38 Verwundete verloren haben. Marschall Foch hat nach einer Meldung aus Münster gestattet, daß zur Abwehr der spartakistischen Umtriebe in Düsseldorf Regierungstruppen verwendet werden, doch muß die Stärke der verwendeten Truppen mitgeteilt werden. Durch dieses Uebereinkommen mit Marschall Foch ist die Regierung in die Lage versetzt worden, eine ausreichende Menge von Regierungstruppen nach Düsseldorf zu dirigieren, um den Kampf gegen die Kommunisten aufzunehmen.

•

Wüste Szenen im Braunschweiger Landtag

Im Landtagsgebäude zu Braunschweig kam es während der gestrigen Sitzung zu wüsten Szenen. Ein Teil der Arbeitslosen demonstrierte vor dem Landtagsgebäude und drang schließlich in den Sitzungssaal ein. Die Abgeordneten verließen fluchtartig den Saal. Der Abgeordnete Müller, der soeben bei einer Debatte über die Arbeitslosen geäußert hatte, daß diese arbeitsscheu seien, wurde schwer mißhandelt und auch der Präsident Dr. Jasper unter Stühlen und Tischen begraben. Beim Verlassen des Landtagsgebäudes wurden die Führer der demokratischen Fraktion des Landtages nochmals schwer bedroht. Die Demonstranten gaben sich schließlich damit zufrieden, daß demnächst in einer Versammlung bekanntgegeben werden soll, was der Landtag zur Milderung der Not der Arbeitslosen beschlossen hat.

•

Generalstreik in Gotha

Wegen der Besetzung der Stadt Gotha durch Regierungstruppen ist gestern mittag 12 Uhr der Generalstreik ausgebrochen. Alle Betriebe stehen still. Die Zeitungen sind schon vorgestern nicht erschienen.

•

Plünderungen in Hanau

Im Schlosse des Landgrafen von Hessen, Philipps-Ruhe bei Hanau, plünderten junge Leute und Frauen das dort untergebrachte Lazarett und nahmen Wäschestücke und ähnliches mit. Herannückende Ulanen nahmen den Leuten die Beute zum Teil wieder ab. Am Nachmittag kam es auf dem Paradeplatz zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Truppen und Demonstranten, wobei auch Maschinengewehre in Tätigkeit kamen. Acht Personen wurden getötet, mehrere verwundet. Auch die Truppen hatten zwei Tote und einige Verwundete.

•

Ein Putschversuch in München

Vor dem Landtagsgebäude in München, wo zur Zeit der Rätekongreß tagt, erschien gestern nachmittag eine Matrosenabteilung von ungefähr 60 Mann, zu denen sich noch Pionniere gesellten. Einige Matrosen drangen in den Eingang des Landtagsgebäudes und warfen Handgranaten. Die im Gebäude befindliche Wachefeuerte. Zwei Personen wurden verletzt. Im Rätekongreß, der trotzdem weitertagte, wurde mitgeteilt, daß der Bahnhof, das Telegraphenamt, das Polizeipräsidium und die Stadtkommandantur von aus Wilhelmshaven gekommenen Matrosen besetzt worden seien. Der Stadtkommandant, der Polizeipräsident und der Sekretär des Ministerpräsidenten seien verhaftet. Das Gebäude wurde bald wieder befreit und die Verhafteten in Freiheit gesetzt. Der Sekretär des Ministerpräsidenten machte dem Kongreß die Mitteilung, daß Prinz Joachim von Preußen, der sich in München unter dem Namen eines Grafen Merz aufhielt, verhaftet worden sei, weil er im Verdacht stehe, mit den Umtrieben in Zusammenhang zu stehen. Der Führer der Matrosen wurde gleichfalls verhaftet. Die an dem Putsch beteiligten Matrosen lieferten dann ihre Waffen freiwillig ab. Die Regierung hat die notwendigen Maßnahmen getroffen, um den Landtag zu schützen.

Die Polen brechen den Waffenstillstand

Durch das letzte Waffenstillstandsübereinkommen und die Festlegung der Demarkationslinie ist bestimmt worden, daß die Operationen an der deutsch-polnischen Front eingestellt werden sollen. Wir fragten damals schon, welche Garantie uns gegeben werde, daß die Polen sich ihrerseits an diese Bestimmung hielten und den Vormarsch auf deutschem Gebiet nicht weiter fortsetzten. In den Abmachungen ist nun von der Entente verbürgt worden, daß auch die Polen sich an die Bestimmungen zu halten hätten. In welcher Weise sie das tun, zeigt die folgende Meldung:

× **Berlin, 19. Februar. Nach amtlicher Meldung der militärischen Kommandostellen hat eine polnische Abteilung von etwa Kompagniestärke am 18. Februar, trotz dem Waffenstillstand, eine auf schlesischem Gebiet stehende Postierung angegriffen. Die Polen wurden zurückgeworfen. Auch an der ganzen Netze-Front wurde der Waffenstillstand durch die Polen gestern und auch heute nachgebrochen. Die ganze Gegend der Nakeler Zuckerfabrik wurde mit Artilleriefeuer durch die Polen belegt. Unsre Posten am Südausgang von Nakel und westlich Netzwalde erhielten Maschinengewehrfeuer.**

Entweder also besteht der Waffenstillstand zu Recht, und dann hat die Entente allen Anlaß, den kriegslustigen Polen endlich den Standpunkt ganz klar zu machen, oder aber die Gegner lassen das Abkommen als eine einseitige Bindung auf, und dann müssen wir uns gegen die Möglichkeit wehren, „auf eigenem Boden von den Polen aufgetreffen" zu werden, wie die Sachlage schon einmal zutreffend in Weimar bezeichnet worden ist.

•

Keine Aufhebung des Grenzschutzes

× **Meseritz, 19. Februar.** In einer Versammlung der Vertrauensleute des gesamten Abschnittes Benesche—Birnbaum (Grenzschutz Westposen) wurde folgende Entschließung angenommen: „Gemäß Verfügung des 5. Armeekorps sind vom Montag den 17. d. M. nachmittags 5 Uhr sämtliche Offensivbewegungen gegen die Polen einzustellen. Aus dieser Bestimmung ist nicht zu ersehen, ob nunmehr der gesamte Grenzschutz aufgehoben werden soll. Die bisherigen Verhandlungen mit den Polen haben stets die Tatsache ergeben, daß von unsrer Seite die getroffenen Vereinbarungen eingehalten worden sind, von den Polen dagegen nicht. Die heute in Meseritz versammelten Vertrauensleute sämtlicher Abschnitte des Grenzschutzes Posen (10. Infanterie-Reserve) sind einstimmig der Ansicht, daß der Grenzschutz nicht aufgehoben werden darf. Sie sind mit der Verfügung der Regierung bzw. mit der Verfügung des 5. A.-K. insoweit einverstanden, als zunächst jede Offensivbewegung unterlassen wird. Dagegen wird die Regierung dringend ersucht, den bisherigen Grenzschutz in voller Höhe und in seinen Stellungen zu belassen, um den Polen weitere Annexionsgelüste zu nehmen. Der Grenzschutz Westposen erklärt ferner, daß er jede Offensivbewegung der Polen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern wird und nicht gewillt ist, den Polen weiter reindeutsches Land kampflos zu überlassen sowie deutsche Einwohner der Brutalität der Polen auszuliefern."

Erzberger — Voegler

Si duo faciunt idem, non est idem. Es heißt dabei: wenn zwei dasselbe tun, so ist das längst nicht dasselbe. Es kommt auf die Beweggründe an. (Die sind sehr selten gleich.) Und auf die Absicht. Man braucht sich deshalb nicht mit Herrn Erzbergers Art in Spa und in Trier, mit sich verhandeln zu lassen, einverstanden zu erklären, weil Herr Dr. Voegler, der sich selbst statt als Vertreter des deutschen Volkes als Vertreter der Schwerindustrie in der Nationalversammlung fühlt und bekennt, weil Herr Dr Voegler ebenfalls den Nacken Erzbergers für zu geschmeidig hält. Um so weniger ist man dazu genötigt, nun etwa den Staatsminister Erzberger der Zufriedenheit des deutschen Volkes zu empfehlen, weil es ihm Herr Dr. Voegler so leicht gemacht hat. So leicht!

Nicht nur, weil es zum Lachen ist, wenn nun einer der Eroberer von Briey, Calais, der belgischen Nähte, einer von den Unheilstiftern oder einer ihrer Syndikuse Herrn Erzberger angreift und von ihm oder von der Sozialdemokratie oder Demokratie den Wilson-Frieden heischt, den dieselben HERREN vor zwei Jahren beschimpft, gehöhnt, gelästert haben. Und alle mitbeschimpft, mitgehöhnt, mitgelästert, die sich hinter die Friedensresolution des Reichstags stellten, als Hungerfriedensleider. Das Möglichst haben sie, als wir noch ein Heer hatten, verhindert. Nun verlangen sie, was sie selbst vereitelt haben, nachdem es durch ihre Schuld unmöglich geworden ist. Herr Dr. Voegler wirkte in Weimar wie einer, der aus einem Lehrbuch das Schwimmen gelernt hat und sich danach eines Kopfsprungs vermißt. Er wäre mit all seiner Fertigkeit bei diesem kühnen Versuch und mit all seinem schwerindustriellen Syndikatsschneid jämmerlich untergegangen, wenn nicht hinter seiner höchstpersönlichen Leistung, hinter seinem Stimmenzentum sich jene Wahrheit zeigte, die jüngst ein hervorragender, wirklich für einen Gerechtigkeitsfrieden arbeitender Amerikaner auf neutralem Boden in einem Gespräch mit einem hervorragenden, wirklich für einen Gerechtigkeitsfrieden arbeitenden Deutschen in die Worte kleidete: „If you always say Yes, when Foch commands, we cannot say No." Darum handelt es sich. Herr Erzberger hat vom ersten Tage an zuviel Ja gesagt. Da konnte Wilson einfach nicht Nein sagen. Nämlich nicht deshalb, weil auch in diesem Fall nach dem Ausspruch des Alten Fritz der liebe Gott immer bei den stärkeren Bataillonen ist und weil wir endlich erschöpft und auch nach Ludendorffs Forderung den Kampf aufgeben mußten, während der Marschall Foch immer noch starke Bataillone für sich hat. Das Menschliche, Göttliche hat er gegen sich. Herr Erzberger hätte diese Schwäche eines tyrannischen Generals deutlicher sichtbar und nutzbar machen müssen bei den Verhandlungen. Im Anbeginn der Verhandlungen. Hätte erklären müssen, daß kein Waffenstillstand mit Kontributionen bezahlt worden sei, seit es eine Zivilisation gibt. Daß es eine Fortsetzung des Krieges gegen friedliche Menschen, Frauen, Kinder und Kranke bedeute, wenn im Augenblick, da Deutschland abrüste, die Hungerblockade verschärft werde, indem man dem ausgesogenen deutschen Volke die Mittel wegnehme, um Nahrung herzustellen, Kohlen zu befördern, den nötigsten Güter- und Personenverkehr aufrechtzuerhalten. Dies konnte ganz anders geltend gemacht werden, als es Herr Erzberger getan hat. Zu oft und zu schnell hat er „Ja" gesagt. Und das Schlimmste: er hat von Anbeginn an sich nicht so gewehrt, wie es Jules Favre 1871 in Versailles tat, der bei Bismarck erreichte, — Herr Erzberger erinnerte Foch daran —, daß die Deutschen Lebensmittel nach Paris und weiter nach den südlichen Städten schickten, ehe sie einkassierten, was bedingt wurde. Foch kassiert Eisenbahnzüge, Lokomotiven, landwirtschaftliche Maschinen und — wir wissen bis heute noch nichts über die Friedensbedingungen! Foch ist gewiß kein Bismarck. Aber Herr Erzberger hat trotzdem nicht einmal den Erfolg und das Format Jules Favres. Vielleicht könnte seine Einwirkung stärker sein, wenn er nicht vordem in Italien und sonst als Emissär im Sinn und Stil der verunglückten deutschen Kriegs- und Kabinettspolitik so beflissen tätig gewesen wäre. Die guten Gründe, die Erzberger vorzutragen hat, würden im Munde eines Mannes, der bei den gerechten Erwägungen und versöhnlichen Ideen zugänglichen Schichten und Parteien Frankreichs stärkeren moralischen Kredit besäße, ganz anders wirken, und damit müßte Foch rechnen.

Herr Erzberger entschuldigt die mangelnde Beratung der Sachverständigen bei den wichtigsten Fragen damit, daß sie infolge der Verkehrsschwierigkeiten zu spät gekommen seien. Ja, die Hamburger kamen gerade an, als Foch seine Forderungen an deutschen Schiffen diktierte. Er wollte nicht warten. Herr Erzberger hätte etwas stärker an diesem Fall demonstrieren können, daß ein Marschall von Frankreich schließlich nicht die Lokomotiven wegnehmen und dann den Schnellzugsfahrplan diktieren kann. Herr Erzberger meint bei alledem, er habe eben so oft Ja sagen müssen, weil Foch sonst weiter einmarschiert wäre. Aber hat er denn dafür eine Gewähr erreicht, daß der Marschall nun nicht, wenn es ihm beliebt, dennoch einmarschiert? Schon deutet die Entente auf Essen. Foch kann, wann immer es ihm beliebt, innerhalb drei Tagen den Waffenstillstand kündigen. So ward es doch abgemacht. Was also ward dann mit einer Taktik erreicht, der man die Trotzkijs gegenüber dem General Hoffmann in Brest als die schlechtere gegenüberstellt? Foch kann mit und ohne das neue Abkommen machen, was ihm beliebt. Wenn er sehr korrekt sein will, nach drei Tagen.

Nun kann man trotzdem, wenn man nicht Bolschewik oder schwerindustrieller Erzbeckeneroberer ist, für die weiteren Verhandlungen gewiß nicht die Taktik Trotzkijs empfehlen. Aus realen Gründen nicht, aus moralischen auch nicht. Aber, da im Anbeginn so schwere Fehler gemacht worden sind, die auch durch die Mängel des Herrn Voegeler nicht gebessert werden, so muß vor allem andern nun endlich jede etwa noch beliebte Verhandlung über Aenderung von Waffenstillstandsbedingungen, vor allem aber die über den Präliminarfrieden auf die Grundlage der Anerkennung der neuen Regierung gestellt werden. Mit jetzt haben sie uns in